

USA haben sich in Afghanistan auf militärische Lösungen konzentriert – darunter leidet das Land

Kabul bereitet sich auf Tag X vor

Von WZ-Korrespondent Ramon Schack

■ USA kümmern sich zu wenig um gesellschaftliche und politische Probleme.

Nach dem westlichen Truppenabzug aus Afghanistan 2014 droht das Land im Chaos zu versinken. Warum ein Dialog zwischen den USA und den radikalen Taliban für die Zukunft Afghanistans wichtig wäre, erklärt der pakistanische Journalist und Autor Ahmed Rashid.

★★★★★

„Wiener Zeitung“: Herr Rashid, was sind die Hauptunterschiede zwischen dem für das Jahr 2014 vorgesehenen Abzug der US- beziehungsweise SFOR-Truppen aus Afghanistan im Vergleich zum Abzug der Roten Armee im Jahr 1989?

Ahmed Rashid: Der Hauptunterschied besteht darin, dass die Sowjets damals stärker bemüht waren, eine politische Lösung für Afghanistan zu finden, als dies bei den Amerikanern heute der Fall ist. Die Sowjets waren damit nicht erfolgreich, wie wir heute wissen, aber sie bemüht

sich. Die Amerikaner haben die Notwendigkeit für Verhandlungen mit den Konfliktparteien betont, räumen diesen aber keine Priorität ein. Ich kann nur hoffen, dass der nächste US-Präsident, egal wer es wird, dieses Anliegen ernst nimmt. Die Zeit läuft davon.

War es ein Fehler, dass Präsident Barack Obama einen Zeitplan für den Rückzug der US-Truppen festgelegt hat?

Ja. Alle Konfliktparteien können jetzt davon ausgehen, dass die Amerikaner abziehen. Demzufolge versucht jede Konfliktpartei auf den Tag X vorbereitet zu sein, ihre Macht abzusichern und auszubauen, was eine friedliche Lösung erschwert.

Sie selbst haben Präsident Obama beraten. Wie beurteilen Sie seine Afghanistan-Politik heute?

Obama hat sich auf militärische Lösungen konzentriert und dabei andere Alternativen ignoriert. Die Wirtschaft liegt immer noch darnieder, was nichts Gutes für die Zeit nach 2012 bedeutet. Ferner hat es Obama verabsäumt, die Aussöhnung der verschiedenen Volksgruppen in Afghanistan voranzutreiben.

Ist die afghanische Armee überhaupt in der Lage, das ganze Land zu kontrollieren beziehungsweise Sicherheit zu garantieren?

Das möchte ich bezweifeln. Afghanistans Armee besteht zu über 90 Prozent aus Analphabeten, rund 20 Prozent der Soldaten desertieren. Wenn überhaupt, dann werden Kabul und die anderen großen Städte nach 2014 zu Festungen ausgebaut, während die Weiten des Landes von den Taliban kontrolliert werden. So ist es ja heute auch schon. Deshalb



Neue Konflikte, neue Akteure? In Afghanistan läuft den USA die Zeit davon. Foto: dapid

muss es einen Waffenstillstand mit den Taliban geben – noch vor dem Rückzug der Amerikaner. Erst dann können Wahlen abgehalten und neue politische Strukturen aufgebaut werden. Andernfalls kommt es zu einem neuen Bürgerkrieg, der sich dann auch unmittelbar auf die Atommacht Pakistan auswirkt.

Sie plädieren auch für Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban?

Richtig, der nächste US-Präsident muss den Dialog mit den Taliban als außenpolitische Priorität Nummer eins betrachten, wenn in Afghanistan eine einigermaßen friedliche Zukunft aufgebaut werden soll. Es muss ein Dialog über die politische Zukunft des Landes geführt werden. Die Taliban wurden im vergangenen Jahrzehnt militärisch nicht ausgeschaltet, sie sind ein politischer Machtfaktor in Afghanistan geblieben.

Auch in Ihrer Heimat Pakistan?

Sicherlich. Wobei die pakistanischen Taliban sich doch erheblich von den afghanischen Taliban unterscheiden. Die Taliban in Pakis-

tan haben eine andere politische Zielsetzung als ihre Verbündeten in Afghanistan.

Inwiefern?

Die pakistanischen Taliban haben das Ziel, ein islamistisches System in Pakistan zu errichten. Sie haben Stützpunkte in vielen Regionen Pakistans. Die pakistanischen Taliban setzen sich schon lange nicht mehr nur aus Paschtunen zusammen, sie haben sich zu einer nationalen Bewegung entwickelt, in der man alle Volksgruppen findet – im Gegensatz zu Afghanistan, wo mehr als 90 Prozent der Taliban der Volksgruppe der Paschtunen angehören.

Halten Sie Pakistan auch für den gefährlichsten Staat der Welt, wie im Westen manchmal behauptet wird?

So weit möchte ich noch nicht gehen. Aber Pakistan hat das Potenzial dazu, einer der gefährlichsten Staaten der Welt zu werden.

Ein Jahrzehnt nach dem Beginn der Operation „Enduring Freedom“ hat Pakistan erheblich an Stabilität verloren. War das Land einst

ein enger Verbündeter der USA, so sind die Beziehungen inzwischen angespannt. Wie ist es dazu gekommen?

Die Amerikaner haben von Anfang an zu sehr auf das Militär in Pakistan gesetzt. 80 Prozent der Gelder aus den USA wurden in die Rüstung investiert, während der Aufbau einer Zivilgesellschaft ins Stocken geriet. Dafür sind natürlich die USA nicht alleine verantwortlich zu machen, sondern auch die pakistanische Regierung, die von Inkompetenz und Korruption geprägt ist.

Wagen Sie bezüglich der Zukunft Afghanistans und Pakistans eine Prognose?

Momentan überwiegt bei mir leider der Pessimismus. Der Westen flüchtet und hinterlässt ungelöste Probleme, die wieder neue Probleme verursachen. In der Region drohen ja neue Konflikte auszubrechen, neue Akteure treten in Erscheinung. Sollte es noch gelingen, die Nachbarn Afghanistans – wie den Iran – in die Entwicklungen einzubinden, sehe ich Spielraum für eine einigermaßen stabile Entwicklung. ■

Zur Person



Ahmed Rashid

1948 in Pakistan geboren und in Großbritannien aufgewachsen, schreibt der Autor und Korrespondent für Pakistan, Afghanistan und Asien etwa für das „Wall Street Journal“. Sein 2000 veröffentlichtes Buch „Taliban, Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad“ war fünf Wochen lang auf der Bestsellerliste der „New York Times“. Foto: rashid

Normalisierung per Verordnung auf dem Balkan

Von WZ-Korrespondentin Marijana Miljkovic

■ US-Außenministerin Hillary Clinton tourt durch das ehemalige Jugoslawien.

Zagreb. Die Normalisierung der Verhältnisse am Balkan ist dieser Tage zu einem geflügelten Begriff geworden, seit US-Außenministerin Hillary Clinton gemeinsam mit der EU-Außenpolitikbeauftragten Catherine Ashton durch die Westbalkanstaaten tourt. Es ist Clintons letzte Auslandsreise vor der US-Präsidentenwahl und wohl auch ihre letzte als Außenministerin der Vereinigten Staaten. Bisher war unklar, ob Clinton das Amt nach der Wahl am 6. November ein weiteres Mal antreten wird.

Dem Wunsch nach Stabilität in Europa und unter den Nato-Bündnispartnern wollte Clinton daher nun Nachdruck verleihen. Die USA spielten nach dem Zerfall Jugoslawiens eine wichtige Rolle in den neu entstandenen Staaten. Diese Position haben sie jetzt nur

noch im Kosovo, der mit Unterstützung der USA vor viereinhalb Jahren seine Unabhängigkeit erklärte. In den anderen Ländern am Balkan übten die USA ihre Stellung ein, während die EU an Einfluss gewinnen konnte. An der gemeinsamen Botschaft der USA und Europas an die Balkanländer ändert diese Verschiebung aber nichts: Eine Teilung Bosniens komme nicht infrage, der Dialog zwischen Serbien und seiner ehemaligen Provinz Kosovo sei wichtig. Man solle die Vergangenheit ruhen lassen und in die Zukunft schauen, betonten die beiden Politikerinnen bei ihren Besuchen in Sarajevo, Belgrad und Pristina. Auch drängten Clinton und Ashton auf rasche Reformen.

„Das Dayton-Abkommen ist zu achten und zu wahren – Punkt“,

sagte Clinton zu Wochenbeginn in Sarajevo. Damit unterstrich sie die Position der USA und auch der EU, dass das Land Bosnien und Herzegowina, das in zwei Landesteile geteilt ist und aufgrund der gegenseitigen Blockaden mehr schlecht als recht funktioniert, nicht gespalten werden soll.

Konfliktherd Kosovo

Der Dayton-Vertrag kam unter Vermittlung der USA zustande und beendete 1995 nach dreieinhalb Jahren den Krieg in Bosnien und Herzegowina. Als unannehmbar bezeichnete Clinton daher die Versuche einiger Politiker, die territoriale Integrität des Landes in Frage zu stellen. Milorad Dodig, Präsident der serbischen Teilrepublik Republika Srpska, fühlte sich vielleicht angesprochen – denn er weigerte sich, Clinton und Ashton zu treffen.

Auch der Konflikt zwischen Serbien und seiner ehemaligen Provinz Kosovo war Thema der Reise. Das Konfliktpotenzial ist groß,

denn Vermittlungsversuche der EU haben bisher nicht gefruchtet. Abgesehen davon waren die Erfolge der EU beim Aufbau des Kosovo trotz massiver Geldflüsse nur bescheiden, wie der Europäische Rechnungshof jüngst bemängelte. Europas Druck auf Serbien, den Kosovo anzuerkennen, bewirkten bisher das Gegenteil: So intensivierte die neue Führung in Belgrad

die Beziehungen zum Kosovo-kritischen Russland. Vorerst reichte es den USA und der EU daher, dass an der Normalität zwischen den verfeindeten Seiten gearbeitet wird.

In Bosnien und dem Kosovo bekommen die USA auch von Österreich Unterstützung. Österreich hält am Exekutivmandat in Bosnien fest und will es nicht in ein Trainingsmandat ohne Vollzugbefugnisse umwandeln, wie Verteidigungsminister Norbert Darabos kürzlich betonte. Im Kosovo ist das österreichische Bundesheer an der KFOR-Mission der Nato beteiligt.

Nach Kroatien reiste Clinton zuletzt ohne Ashton. Das Land soll am 1. Juli 2013 der EU beitreten. Trotz herber Kritik am Beitritt auch innerhalb der EU dürfte Kroatien zu diesem Termin Mitglied werden. Clinton sagte dazu lediglich, sie wünsche sich von Kroatien bessere Bedingungen für Investoren. Kroatien scheiterte bisher daran, überbordende Bürokratie und Korruption loszuwerden. ■



Die letzte Reise für Clinton als US-Außenministerin. Foto: ap/dapid